

Druck auf Unicef Deutschland wächst Die Europa-Zentrale des Kinderhilfswerks befürchtet einen Image-Schaden und verlangt

Sturm der Kritik trifft Unicef hart

Merkel will rasche Aufklärung des Skandals

Von Matthias Thieme

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) dringt auf eine schnelle Aufklärung der Vorwürfe gegen Unicef. „Wenn es Diskussionen gibt, dann sind alle Beteiligten aufgerufen, diese Vorwürfe aufzuklären, damit der Ruf von Unicef in Deutschland keinen Schaden nimmt“, sagte Regierungssprecher Thomas Steg am Dienstag. Merkel habe die Diskussion in der deutschen Sektion sehr genau verfolgt und wisse, wie sensibel solche Debatten seien.

Unicef Deutschland will heute in einer Pressekonferenz in Berlin zu den Vorwürfen Stellung nehmen. Daran wird auch Geschäftsführer Dietrich Garlichs teilnehmen. Garlichs hat Fehler eingeräumt, einen Rücktritt bislang aber abgelehnt. „Ich bin mit voller Kraft dabei, zusammen mit dem neuen Vorsitzenden und vielen anderen, die sich engagieren, Unicef aus dieser Krise herauszuführen“, sagte Garlichs am Dienstag im WDR.

Die ehemalige Unicef-Vorsitzende Heide Simonis hat nach FR-Informationen ihre Rücktritts-Erklärung mit den detaillierten Vorwürfen gegen Unicef Deutschland auch an die Direktorin der Unicef-Weltorganisation, Ann Venemann, nach New York geschickt. Dort hieß es, das Schreiben müsse noch übersetzt werden. Deshalb könne man noch keine Stellungnahme abgeben. Die Europa-Zentrale von Unicef in Genf verlangt volle Aufklärung: „Wir erlauben

nicht das geringste Fehlverhalten, wir haben null Toleranz“, sagte Unicef-Sprecherin Veronique Taveau. „Wenn unsere Reputation wie auch immer beschädigt wird, ist das problematisch“, so Taveau. Sie warnte, dass die freiwilligen Helfer sich in Deutschland von Unicef abwenden könnten. Man sei „sehr besorgt über die ganze Affäre“, sagte auch Michael Klaus, Chef der Genfer Kommunikationsabteilung. „Jetzt in dieser Krisensituation werden wir gefragt: Mensch, warum greift ihr denn nicht ein?“ Doch Unicef Deutschland in Köln sei ein Verein nach deutschem Recht.

Dem Staatsanwalt ist bei einer Provision die „Gegenleistung nicht ersichtlich“

Die frühere Geschäftsführerin von Unicef Deutschland, Katharina Schippers, fordert ihren Nachfolger Garlichs auf, sein Amt niederzulegen. „Einen wahrhaften, ehrlichen Neuanfang bei Unicef Deutschland kann es nur geben, wenn Vorstand und Geschäftsführung geschlossen zurücktreten“, so Schippers in einem Schreiben an Simonis (siehe Wortlaut).

Die Staatsanwaltschaft Köln äußerte sich am Samstag gegenüber der Kölner Zeitung Express zum Stand des Ermittlungsverfahrens gegen Garlichs. So sollen laut Oberstaatsanwalt Günther Feld fünfstellige Provisionen gezahlt worden sein. In einem Fall sei „eine Gegenleistung nicht ersicht-

Ein Bild aus gemeinsamen Unicef-Tagen: Heide Simonis und Dietrich Garlichs.

DPA

Spannender Kampf um die Prager Burg

Vor der Wahl zum tschechischen Präsidenten schachern Amtsinhaber Klaus und Herausforderer Svejnar um Stimmen

Von Nadja Erb

In wenigen Tagen wird in Tschechien ein neues Staatsoberhaupt gewählt – und es wird spannend: Weder Amtsinhaber Vaclav Klaus noch Herausforderer Jan Svejnar haben bis jetzt eine klare Mehrheit in den beiden Kammern des Parlaments, die am 8. Februar den Präsidenten küren. Das Geschacher hinter verschlossenen Türen um die einzelnen Stimmen läuft längst auf Hochtouren.

Der neoliberale EU-Skeptiker Klaus, seit 18 Jahren im Politik-Geschäft, kann sich der Unterstützung seiner konservativen Demokratischen Bürgerpartei (ODS) sicher sein. Die hat jedoch nur 41 Sitze im Senat, 81 im Abgeordnetenhaus – 19 zu wenig, um Klaus aus eigener Kraft wiederzuwählen.

Die restlichen Stimmen könnten von den Christdemokraten (KDU-CSL) kommen. Deren Parteichef Jiri Cunek hat den 24 Abgeordneten und Senatoren empfohlen, für Klaus zu stimmen. Einige

von ihnen haben aber bereits angekündigt, sich eventuell über die Empfehlung der Parteispitze hinwegsetzen zu wollen.

Jan Svejnar, liberaler Wirtschaftsprofessor und früherer Berater von Ex-Präsident Vaclav Havel, ist der Kandidat der Grünen und wird von den Sozialdemokraten (CSSD) unterstützt. Um gegen Klaus eine Chance zu haben, müsste er nicht nur einige Christdemokraten, sondern auch die Kommunisten (KSCM) für sich gewinnen.

Doch die sehen den „amerikanischen Liberalen“ Svejnar mit Skepsis. Der heute 55-Jährige war 1970, nach der Zerschlagung des Prager Frühlings, in die Schweiz und später in die USA emigriert. Derzeit hat Svejnar, der an der Universität Michigan lehrt, sowohl die tschechische als auch die US-Staatsbürgerschaft. Letztere wollte er ruhen lassen, wenn er in die Prager Burg einzieht, kündigte er an. Den Kommunisten ist Svejnar zu wirtschaftsliberal, zudem befürwortet er eine stärkere Einbin-

dung Tschechiens in EU und Nato, während die extremen Linken auf Eigenständigkeit pochen. Dennoch werden sie wohl zumindest im ersten Wahlgang für Svejnar stimmen, um das für sie größere Übel Klaus zu verhindern.

Obwohl Svejnar seit der Wende im Jahr 1989 immer wieder in Tschechien aktiv war – etwa als Wirtschaftsberater von Havel und Ex-Premier Vladimir Spidla – war er vor seiner Kandidatur in der Bevölkerung fast unbekannt. Das hat sich nun geändert. In Mei-

nungsumfragen liegt er sogar hin und wieder vor Amtsinhaber Klaus, der bisher zu den beliebtesten Politikern des Landes gehörte.

„Vaclav Klaus verkörpert die Vergangenheit, Jan Svejnar die Zukunft“, der Chef der Grünen, Martin Bursik, spricht aus, was viele Tschechen denken. Sie glauben, dass der EU-Skeptiker Klaus dem Ansehen Tschechiens im Ausland schade – und damit auch der heimischen Wirtschaft. Ein Großteil der Tschechen traut jedoch dem „Ausländer“ Svejnar nicht zu, die

nationalen Interessen gebührend zu vertreten. Sie befürchten, dass er sich zu stark vom Westen vereinnahmen lassen könnte.

Sind die Parlamentarier und Senatoren am Freitag ähnlich gespalten wie die tschechische Bevölkerung, könnte es zu einem Wahlmarathon wie 2003 kommen. Damals brauchten die Abgeordneten anderthalb Monate und drei Wahlgänge, bis sie sich auf Klaus einigen konnten. Sollte sich dieses Szenario wiederholen, wäre das auch eine Niederlage der Regierung von Ministerpräsident Miroslav Topolanek (ODS). Für den Fall, dass sein Parteikollege Klaus scheitert, hat der Premier bereits mit einem möglichen Rücktritt gedroht.

Derweil haben sich die Chefs aller Parlamentsparteien dafür ausgesprochen, die Verfassung zu ändern und den Präsidenten künftig vom Volk wählen zu lassen. Die indirekte Wahl und die Verhandlungen davor schaden dem Ansehen der politischen Parteien, so die Begründung.

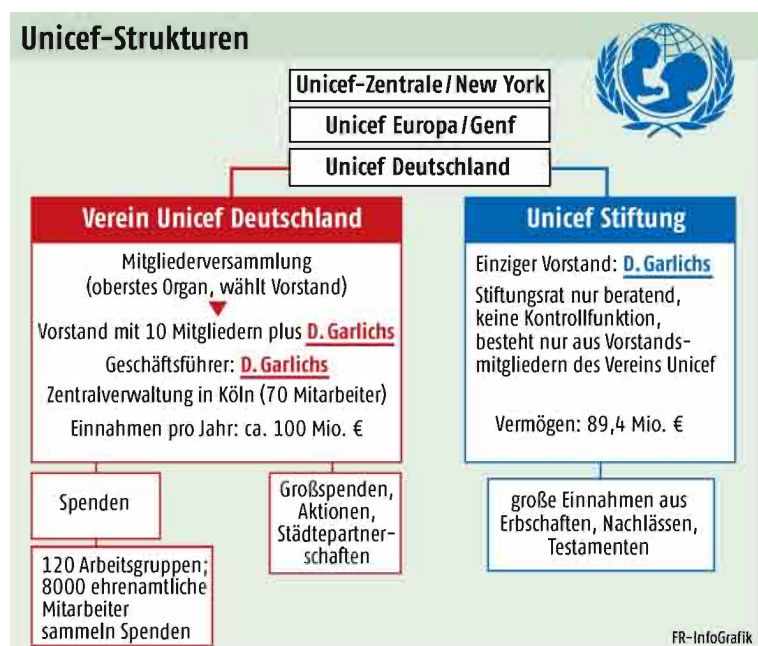
DER PRÄSIDENT

Tschechiens Staatsoberhaupt repräsentiert den Staat nach außen. Er ernannt und entlässt den Ministerpräsidenten und kann in Krisensituationen das Parlament auflösen. Außerdem ernannt er die Verfassungsrichter, den Vorsitzenden des Obersten Gerichts und die Mitglieder des Rates der Nationalbank. Gesetze kann er ans Parlament zurückweisen, aber nur einmal. Der

Präsident kann Strafverfahren einstellen lassen und bereits Verurteilte begnadigen.

Gewählt wird der Präsident von beiden Kammern des Parlaments, Abgeordnetenhaus und Senat, in gemeinsamer Sitzung. Er braucht die absolute Mehrheit der Parlamentarier. Die Amtsperiode dauert fünf Jahre, Wiederwahl ist nur einmal möglich.

rasches Handeln. Ex-Vorsitzende Heide Simonis hat ihre Rücktrittserklärung an das Hauptquartier in New York geschickt.



lich“, zitiert die Zeitung den Oberstaatsanwalt. Gegenüber der FR wollte sich die Staatsanwaltschaft am Dienstag dazu nicht äußern. Nach FR-Informationen könnte Geschäftsführer Garlichs vor allem eine Provision Probleme bereiten, die ein Unicef-Berater für eine Großspende der Firma Lidl bekam, obwohl er dafür keine Gegenleistung erbracht hatte.

Unicef verklagt die Frankfurter Rundschau wegen ihrer Berichterstattung heute vor dem Kölner Landgericht auf Unterlassung. Das Kinderhilfswerk will nicht mehr verbreitet sehen, dass die Prüfer der KPMG bei Unicef die intransparente, nicht nachvollziehbare Mittelverwendung kritisiert haben. Die Vorwürfe seien falsch.

Die Wirtschaftsprüfer waren mit der von Unicef verbreiteten Interpretation ihres Berichts jedoch nachweisbar „nicht einverstanden“ und hatten das Kinderhilfswerk aufgefordert, „die Erklärung sofort aus dem Netz zu nehmen“. Dennoch war die mit KPMG bis heute nicht abgestimmte Erklärung am Dienstag weiter auf der

Unicef-Internetseite zu lesen. Derartige Täuschungen der Unicef-Zentrale in Köln sorgen inzwischen auch bei Prominenten Unicef-Unterstützern für Aufruhr. Schwimmerin Sandra Völker entzog der Organisation ihre Unterstützung. Nina Ruge kritisierte, es sei den Helfern an der Basis nicht zu vermitteln, dass ein Berater als Pensionär für seine Arbeit 850 Euro Honorar am Tag von Unicef kassiert.

An der Basis herrscht Wut. Aus dem KPMG-Bericht „ergeben sich aus unserer Sicht jahrelange, nachhaltige Verstöße gegen die internen Ordnungs- und Kontrollvorschriften“, schreibt die Leiterin der Arbeitsgruppe Essen in einem offenen Brief. „Herr Garlichs, sie haben Unicef-Deutschland großen Schaden zugefügt“, so Sabine Gesinn. Garlichs solle „sofort zurücktreten“.

FR-online.de
Alle Recherchen der FR zu Unicef:
www.fr-online.de/unicef

„Diese Arroganz ist menschenverachtend“

Ein Brief der früheren Unicef-Chefin Schippers

„Sehr geehrte Frau Simonis,

mit großem Bedauern habe ich von Ihrem Rücktritt von Unicef Deutschland gehört. Besonders verwirrend war der Grund: Sie möchten den Weg frei machen für einen Neuanfang in der Führungsspitze, für den gerade Sie der Hoffnungsträger waren. (...) Aber Sie haben für deren Beseitigung nicht mit Widerstand aus den eigenen Reihen gerechnet, konnten Sie auch kaum. Sie waren seit kurzem Vorsitzende eines Vorstands, den Sie sicherlich bisher als offen und partnerschaftlich kennengelernt haben. Je mehr jedoch ans Tageslicht kommt, desto enger schließt dieser Vorstand mit dem ins Zwielicht geratenen Geschäftsführer auf. Warum? (...) Weil er als Genehmigungs- und Kontrollorgan versagt hat; das Aufsichtsorgan einer Hilfsorganisation, amtszeit- und meinungsmäßig in Erz gegossen; der Geschäftsführende Vorstand, von Ihrem Vorgänger abgesehen, seit über 25 Jahren in dieser Konstellation tätig. (...)

Ein Vorstand, der die Geschäftsführung einer hochsensiblen Hilfsorganisation zulässt, die sich auf diese Art angreifbar macht, ist selbst angreifbar. Daher, wie gesagt, der überbetonte Schulterchluss, zur Abwehr von Einverständnis und Statusverlust zwingend. Unverständlich bleibt für mich nach wie vor, wie Arroganz und die Abwesenheit jeglicher Sensibilität bei denen, die Vorbild sein sollten, die juristischen Tatbestände über die moralisch-ethischen stellen. Das ist gegenüber denjenigen, die gerade wegen die-

ser ethischen Werte an Unicef geglaubt haben, menschenverachtend. Ein deutliches Licht auf die Diskrepanz zwischen innerer und äußerer Haltung von Vorstand und Geschäftsführung werfen Zitate (...) für die Presse solle man sich „positive Aussagen“ überlegen und man müsse nicht zu sehr „in Sack und Asche“ gehen.

„Vorstand und Geschäftsführung müssen geschlossen zurücktreten“

(...) Die maßlose Enttäuschung, die bei den 8000 ehrenamtlichen Helfern, in den Medien, bei den Spendern und in der Öffentlichkeit entstanden ist und den Schaden, der für Unicef und alle anderen in der Entwicklungshilfe tätigen Organisationen unseres Landes entstanden ist, haben nicht Sie zu verantworten, sehr geehrte Frau Simonis, wie Sie selbst ja am besten wissen. Ich bedaure nur, dass man Sie so in die Enge getrieben hat, dass Sie aufgeben mussten. Ich kann Sie aber, aus eigener Erfahrung wie gesagt, gut verstehen.

Einen wahrhaftigen, ehrlichen Neuanfang bei Unicef Deutschland kann es nur geben, wenn Vorstand und Geschäftsführung geschlossen zurücktreten.

Ich grüße Sie herzlich,
Katharina Schippers“

Katharina Schippers war von 1982 bis 1988 Geschäftsführerin des Deutschen Komitees für Unicef und damit die direkte Vorgängerin des jetzigen Geschäftsführers Dietrich Garlichs.

Simonis-Büro wehrt sich

„Kripo forderte Hinweise“

FRANKFURT. Der persönliche Referent der am Wochenende zurückgetretenen Unicef-Vorsitzenden Heide Simonis, Matthias Beigel, hat Anschuldigungen zurückgewiesen, er habe den Unicef-Geschäftsführer Dietrich Garlichs „angeschwärzt“. Vielmehr habe ihn die Kölner Kriminalpolizei im Dezember 2007 in einem Telefongespräch aufgefordert, Hinweise auf Unregelmäßigkeiten bei dem Kinderhilfswerk an die Polizei weiterzuleiten, sagte Beigel der FR.

Die Aufforderung der Polizei habe ausdrücklich auch für anonyme Hinweise gegolten, sagte Beigel weiter: „Dies sei auch für mich die sicherste Lösung, um nicht in den Verdacht von Unterschlagung von Beweismaterial zu geraten.“ Nach eigenen Angaben übermittelte Beigel daraufhin eine „Reihe an Unterlagen und Hinweisen“, die bei ihm eingingen, an die Polizei. Beigel sagte, „dass dies in unserem Rechtsstaat ein unüblicher Vorgang wäre, wäre mir neu“.

Weiter sagte Beigel, er habe durch „Presseanfragen zur Kenntnis nehmen“ müssen, dass „Teile der Ermittlungsakten, zu denen meines Wissens nur die Ermittlungsbehörden und die Verteidigung Zugang haben, der Öffentlichkeit zugespült wurden“. Er finde „bemerkenswert“, dass „offizielle Briefe an die Ermittlungsbehörden in Köln“ jetzt an die Medien gelangt seien. Vorwürfe, er habe Unicef-Mitarbeiter angestiftet, belastende Aktennotizen anzufertigen, wies Beigel zurück: „Der Einzige, mit dem ich mich über Aktennotizen unterhalten habe, ist der Verwaltungschef von Unicef Deutschland, Manfred Boos. FR